

---

Stefan Zimmer

## Allianzen jenseits von Arbeit und Kapital

---



*Stefan Zimmer, geb. 1971 in Groß Gerau, Studium der Sozialwissenschaften in München und in den USA, ist Doktorand am Institut für Staatswissenschaften der Universität der Bundeswehr München. Derzeit arbeitet er an der University of Texas in Austin.*

---

So sehr sich Industrie- und Arbeitgeberverbände derzeit auch in Konsensrhetorik üben, um angesichts des laufenden Tarifstreits nicht den Fortbestand des „Bündnis für Arbeit“ zu gefährden – ein Blick hinter diese Fassade nährt den Verdacht, es sei etwas faul im Verbändestaat.

Verbandsinterne Auseinandersetzungen im Arbeitgeberlager nehmen seit einiger Zeit zu und beginnen, die klassische Konfliktlinie zwischen den „Gegenverbänden“ von Arbeit und Kapital zu überdecken. Während Spannungen zwischen den Gewerkschaften aufgrund der Vielzahl und Heterogenität der zu integrierenden Branchenstrukturen, Verhandlungskulturen und Klientelinteressen nichts Ungewöhnliches sind, verdient die Zunahme von Konflikten im Binnengefüge des auf äußere Geschlossenheit bedachten Arbeitgeberlagers besondere Aufmerksamkeit.

### Blick hinter die Konsensfassade

Bereits im Anschluss an die dritte Runde zum „Bündnis für Arbeit“ im Juli 1999 - von der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) und vom DGB als „Durchbruch“ und „Erfolg“ gefeiert - konnte man über Zerwürfnisse im Arbeitgeberlager lesen<sup>1</sup>. Auch nach dem Treffen am 9. Januar 2000 war die Konsensstimmung rasch verfliegen: Während der Handwerksdachverband ZDH aus seiner Ablehnung gegen die gemeinsame Verlautbarung der Spitzenverbände keinen Hehl machte (und dieser gar nicht erst zustimmte), wurde die wahre Position der Industrieverbände erst mit den Tiraden von BDI-Vize Walter gegen den

---

<sup>1</sup> „Und als wäre die Lage nicht ohnehin kompliziert genug, gehen die Fronten quer durch die Lager (...). Der Sozialstaatschleifer Henkel ist dem moderaten Arbeitgeberpräsident Hundt ein Graus. Und umgekehrt hält Hardliner Henkel den Unternehmer Hundt für einen Softie. Vereint sind die Wirtschaftsführer nur in ihrer Abneigung gegen die rot-grüne Regierung.“ Süddeutsche Zeitung vom 8.7.1999, S.3.

Arbeitgeberpräsidenten deutlich. In seinem Bestreben, mit den Gewerkschaften einen Kompromiss über „beschäftigungsorientierte Tarifpolitik“ zu schließen, lasse Hundt „sich veräppeln“ und mache „die Wirtschaft lächerlich.“ Das Bündnis, so Walter, sei eine „Farce“ und der BDA-Präsident habe „keine Legitimation mehr.“<sup>2</sup>

Anders als es auf dem ersten Blick scheint, spielen persönliche Animositäten für die Misstöne im Arbeitgeberlager nur eine untergeordnete Rolle. Sie sind die abhängigen Variablen in einer komplizierten Gleichung, deren bestimmender Faktor kein geringerer ist als die viel zitierte *Globalisierung*. Unter der Fahne eines neoliberalen Deutungsmusters von Globalisierung reitet der marktradikale Flügel des Arbeitgeberlagers seine Attacken gegen jene „Traditionalisten“ in den eigenen Reihen, die Sozialstaatsgedanken und den Konsens zwischen Arbeit und Kapital nicht ohne weiteres dem globalen Standortwettbewerb opfern wollen.

### Das G-Wort als Propagandamittel

Die Globalisierung hat sich „als das am meisten gebrauchte – missbrauchte – und am seltensten definierte, wahrscheinlich missverständlichste, nebulöseste und politisch wirkungsvollste (Schlag- und Streit-)Wort der letzten, aber auch der kommenden Jahre“<sup>3</sup> längst ihren Weg aus dem soziologischen Terminologiefundus in breitere gesellschaftliche Arenen gebahnt. Eingang in die Verbändelandschaft hielt die Globalisierungsdebatte vor etwa vier Jahren. Auf Tagungen und Kongressen sowie in zahlreichen Artikeln ihrer internen und externen Publikationen setzen sich seitdem nicht nur von den Verbänden besoldete „Experten“ (meist aus verbandsnahen Stiftungen und Instituten), sondern auch Arbeitgeber- und Gewerkschaftsfunktionäre mit den Globalisierungsprozessen und ihren Folgen auseinander.

Eine Untersuchung der unter dem Stichwort „Globalisierung“ erschienenen Verbandspublikationen zeigt, wie heterogen dieser Begriff inhaltlich perzipiert und wie unbefangen und bisweilen undifferenziert mit ihm und anderen wortverwandten Termini jongliert wird: So reden die einen lieber von *Triadisierung*, andere von *Internationalisierung* oder gar *Glokalisierung* - je nach dem, was besser ins interessenpolitische Konzept und in die ideologische Waffenkammer passt.

Auf analytische Schärfe im Umgang mit der Globalisierungsthese wird zugunsten ihrer praktischen Nutzbarkeit als wirtschaftspolitischer Gemeinplatz und als rhetorisches Stilmittel verzichtet. Ungezwungen reichert man traditionell gepflegte Argumentationsmuster mit Verweisen auf „Globalisierungszwänge“ an, um sie damit vermeintlich jeder Kritik zu entziehen. Lang gehegte Forderungen der Industrieverbände nach Liberalisierung und Deregulierung finden im Rekurs auf internationale „Benchmarks“ und auf die „gefährdete Position“ der heimischen Industrie im Wettbewerb der Standorte ihre letzte Begründung. Ob Senkung der Unternehmenssteuern oder Deregulierung der Tarifpolitik - beides wird zum Gebot internationaler Wettbewerbsfähigkeit; schließlich ist in den Worten des BDI-Präsidenten „das starre deutsche Tarifsysteem (...) neben dem deutschen Steuerrecht zentrale Ursache unserer Standortsschwierigkeiten.“<sup>4</sup>

---

2 S. Die Welt vom 19.1.2000.

3 Ulrich Beck, Die Eröffnung des Welthorizontes. Zur Soziologie der Globalisierung, in: Soziale Welt, 1/1997, S. 3.

4 BDI-Pressemitteilung vom 28. 1. 2000.

Der „globalisierte Wettbewerb“ hält als Sammelargument für alle möglichen Unternehmerforderungen her, gegen welche Protest anzumelden an der globalisierten Wirklichkeit zweifeln hieße. Kritiker dieser neoliberalen Globalisierungsbeugung sind daher versucht, die Globalisierungsthese per se in Frage zu stellen. Ob sie dabei als „Mythenbildung“ oder als „ahistorisches Ringelreihen“, voll „reduktionistischer Prophezeiungen“ verworfen wird, stets ist das Ziel erkennbar, die „Globalisierungslehre“ als neoliberale Glaubenslehre zu entlarven<sup>5</sup>. Peter Glotz, Gastredner auf dem IG-Metall Kongress im November 1997 in Hannover, trug seinen Teil zur Mythifizierung des G-Wortes bei, als er die inhaltliche Auseinandersetzung damit zum Götzendienst erhob: nicht etwa nur die Globalisierung an sich, nein, die „die Globalisierungstheorie“ sei ein „religiöses Phänomen“<sup>6</sup>.

### Globalisierung als neoliberale Heilslehre

„Unter den Teilnehmern am Diskurs der Globalisierung halten sich Visionäre und Verschwörungstheoretiker die Waage. Ihr Reden irrlichtert zwischen Euphorie und Paranoia, abhängig davon, ob man sich eher auf der Gewinner- oder Verliererseite wähnt.“<sup>7</sup> Die Unternehmer und ihre Verbände wähnen sich zweifellos auf der Gewinnerseite. Dankbar für die neu eröffnete Möglichkeit, urkapitalistische Forderungen nach weniger Staat und mehr Wettbewerb mit dem G-Wort begründen zu können, sonnen sie sich im öffentlichkeitswirksamen Glanz des neuen Paradigmas. Von wegen „Mythos“ - nie trete, was die Welt im Innersten zusammenhält, deutlicher zu Tage als in Zeiten reger Globalisierungsprozesse: „Das Spielfeld weltweiten Wettbewerbs ist für Anbieter wie für Kunden von glasklarer Transparenz - das ist der Kern der Globalisierung,“ so der frühere BMW-Aufsichtsratsvorsitzende Eberhard von Kuenheim<sup>8</sup>. Es komme darauf an, rasch und unternehmerisch zu handeln: „Die Schnellen fressen die Langsamen; Zeit schlägt Größe.“ „Keine Verzagtheit,“ ermuntert Axel Rhein vom Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) die Unternehmer: „Globalisierung birgt neue Chancen für höheres Wachstum, mehr Arbeitsplätze und steigende Realeinkommen - vorausgesetzt, wir stellen uns dem Wandel.“<sup>9</sup> Hans Olaf Henkel, BDI-Präsident und Hohepriester der segnenden Kräfte globalisierten Wettbewerbs, hält allen Zweiflern fatalistisch entgegen: „Globalisierung ist eine Tatsache. Es nützt ja auch nichts, sich über das Wetter zu beschweren.“<sup>10</sup> Als Chefmeteorologe der deutschen Wirtschaft begrüßt er den „Orkan der Globalisierung“, der über die „veralteten Strukturen“ des deutschen Wohlfahrtsstaates hinweg brause<sup>11</sup>.

Ob Orkan oder Wüstensonne, unter der alles Sozialstaatlich-Verkrustete dahinschmilzt - die Verklärung der Globalisierung zum Naturphänomen trägt über die Unebenheiten und Schwachstellen des neoliberalen Deutungsmusters hinweg: Die Globalisierung bleibt trotz ihrer unbestrittenen Stellung als ökonomisches Paradigma unserer Zeit nicht näher definiert.

5 Hans-Jürgen Burchardt, Die Globalisierungsdebatte. Ahistorisches Ringelreihen und reduktionistische Prophezeiungen, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 7/1997, S. 397-409; Karl Georg Zinn, Globalisierungslehre ist Mythenbildung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 4/1997, S. 252-256.

6 Peter Glotz, Perspektiven einer europäischen Zivilgesellschaft. Von der europäischen Union zur politischen Union, Ms. unveröffentlicht 1997.

7 Jörg Lau, Welt ohne Drüben. Globalisierung als Metapher, in: Merkur, 9-10/1997, S. 879.

8 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1.10.1997.

9 Axel Rhein, Globalisierung. Bedrohung oder Chance Ms. unveröffentlicht 1997, S. 20.

10 S. Die Zeit vom 2.4.1998.

11 S. Der Spiegel vom 21.6.1999.

Gerade ihrer begrifflichen Unschärfe verdankt sie es schließlich, in aller Munde zu sein, getreu dem Grundsatz: „Je unklarer der analytische Gehalt, desto größer der Konsens über ihre unleugbare Existenz und ihre nachhaltige Wirkung“.<sup>12</sup>

### Globalisierung oder Globalismus?

Um die realen ökonomischen Tatbeständen und Prozesse der Globalisierung von dem schillernden Hintergrund verbandlicher Globalisierungsrhetorik abzuheben, ist ein Blick in internationale empirische Studien wie den World Employment Report der *International Labour Organization* (ILO) hilfreich. Dort wird Globalisierung als ein „zweischneidiges Schwert“ definiert:<sup>13</sup>

Auf der einen Seite eröffnet sie Möglichkeiten ökonomischer Prosperität durch die Liberalisierung internationaler Produkt- und Finanzmärkte, sinkende Transportkosten und den rapiden kommunikationstechnologischen Fortschritt. All diese Faktoren bergen in der Tat Voraussetzungen für ökonomisches Wachstum und für eine begrenzte Beschäftigungsexpansion (vor allem in Dienstleistungs- und IT-Branchen). Die Betonung dieser inhärenten Wohlstands- und Wachstumschancen - unter Ausklammerung negativer Nebenwirkungen - ist kennzeichnend für das positive Globalisierungs-Deutungsmuster der Unternehmerverbände.

Auf der anderen Seite generiert die Globalisierung zahlreiche Probleme und Verwerfungen: Der technologische Wandel und die verschärfte Konkurrenz auf dem internationalen Arbeitsmarkt bedrohen klassische *blue-collar*-Berufe (und damit mittelbar die Organisationsfähigkeit der Gewerkschaften) in den Hochlohnländern. Die Dominanz neuer Unternehmenstypen - heimatlose multinationale Konzerne - zwingt Betrieben und Belegschaften in den Wohlfahrtsstaaten drastische Maßnahmen zur Minimierung sozialer Kosten auf, um im internationalen Preiskampf gegen Niedriglohnländer zu bestehen. Bei der Mehrheit der Arbeitnehmer rufen diese nachteiligen Konsequenzen des globalen Wettbewerbs ein negatives Deutungsmuster von Globalisierung hervor.

In ihrer Beschränkung auf ausschließlich ökonomische Sachverhalte schrumpfen die verbandlichen Deutungsmuster von Globalisierung - gleich ob sie als „Bedrohung“ gefürchtet oder als unternehmerische „Chance“ begrüßt wird - auf das Maß eines ökonomistisch verkürzten „Globalismus“ zusammen<sup>14</sup>. Mit „Globalismus“ bezeichnet Ulrich Beck „die Auffassung, dass der Weltmarkt politisches Handeln verdrängt oder ersetzt, d.h. die Ideologie der Weltmarktherrschaft, die Ideologie des Neoliberalismus. Sie verfährt monokausal, ökonomistisch, verkürzt die Vieldimensionalität der Globalisierung auf eine, die wirtschaftliche Dimension, die auch noch linear gedacht wird, und bringt alle anderen Dimensionen - ökologische, kulturelle, politische, zivilgesellschaftliche Globalisierung - wenn überhaupt, nur in der unterstellten Dominanz des Weltmarktsystems zur Sprache.“<sup>15</sup> Das globalistische Grundübel liegt in der Leugnung eines auch für die ökonomische Sphäre gültigen Primats der Politik: „Der ideologische Kern des Globalismus liegt vielmehr darin, dass hier eine Grunddifferenz der Moderne, nämlich die zwischen Politik und Wirtschaft liquidiert wird“.

---

12 Hans-Peter Müller, Spiel ohne Grenzen, in: Merkur, 9-10/1997, S. 807.

13 International Labour Organization (Hrsg.), World Employment Report 1998-1999, Genf 1998.

14 Dabei ist nach Anthony Giddens die Globalisierung „nicht nur - vielleicht nicht einmal in erster Linie - ein ökonomisches Phänomen.“ Siehe Anthony Giddens, Jenseits von links und rechts, Frankfurt/M. 1997, S. 23.

15 Ulrich Beck, Was ist Globalisierung?, Frankfurt/M. 1997, S. 26.

Der Globalismus unterschlägt die zentrale Aufgabe der Politik, „Rahmenbedingungen abzustecken, unter denen wirtschaftliches Handeln überhaupt erst gesellschaftlich möglich und legitim wird.“ Merkwürdig sei dabei, „dass und wie der so verstandene Globalismus auch seine Gegner in seinen Bann zieht.“

Die Gegner des neoliberal gewendeten Globalismus sehen sich vor die Alternative gestellt, entweder die Globalisierung als Mythos oder Glaubenslehre ohne empirisches Fundament zu entlarven, was dem Deutungsmuster eines *negatorischen Globalismus* entspricht. Oder aber sie begegnen dem neoliberalen (*positiven*) Globalismuskonzept mit einem eigenen. Ein solcher *negativ globalistischer* Ansatz ist vor allem im Gewerkschaftslager populär und zeichnet sich dadurch aus, dass er zur Linderung schädlicher Globalisierungsfolgen auf staatliche Korrekturmaßnahmen setzt.

### **Freie Fahrt für freie Unternehmer: der positive Globalismus der Industrieverbände**

Die Industrieverbände sind unter den kollektiven Akteuren des Unternehmerlagers die hartnäckigsten Apologeten eines positiven oder affirmativen Globalismus. Ihr Postulat: Der Wirtschaftsstandort Deutschland bleibt als Investitions- und Produktionsstätte im globalen Wettbewerb nur konkurrenzfähig, wenn in allen Wirtschaftszweigen kräftig *liberalisiert, dereguliert* und *entstaatlicht* wird. Als affirmative Globalisten negieren sie eine staatliche Regulierungs- und Steuerungskompetenz für das wirtschaftliche Handeln. In den Augen der Hurra-Globalisten wird der regulierende Staat nicht nur überflüssig, sondern zum ökonomischen Hemmschuh. Er solle sich gefälligst aus dem Marktgeschehen zurückziehen und die deutschen Unternehmer „nur machen lassen“.<sup>16</sup> Derlei Aussagen sind charakteristisch für den positiven Globalismus neoliberaler Standortideologen. Dahinter steht die Überzeugung, „dass ein so komplexes Gebäude wie Deutschland - also der Staat, die Gesellschaft, die Kultur, die Außenpolitik - wie ein Unternehmen zu begreifen und zu führen sei. Es handelt sich in diesem Sinne um eine Art Imperialismus des Ökonomischen, in dem Ökonomen und Unternehmer überall die Rahmenbedingungen einfordern oder durchzusetzen versuchen, unter denen sie ihre Unternehmensziele optimieren können“.<sup>17</sup>

### **Widersprüchliche Globalismen der Arbeitgeberverbände**

Im Prinzip sind sich die Globalisten der Industrie- und Arbeitgeberverbände in ihrer positiven Bewertung einig: „Globalisierung (...) schafft Wachstum auf zusätzlichen Märkten,“ fasst BDA-Präsident Hundt die Position des Dachverbandes zusammen. Auch kleine und mittlere Unternehmen sollten sich dem globalisierten Wettbewerb stellen: „Wir Mittelständler etwa müssen verstärkt raus und dürfen das nicht als ein Austrocknen des deutschen Wirtschaftsstandortes ansehen,“ so der Arbeitgeberpräsident<sup>18</sup>. Wohl jenem Mittelständler, der wie der Maschinenbauer Hundt vergleichsweise leicht „raus“ und im Ausland fertigen lassen kann!

16 So Eberhard von Kuehnheim in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1.10.1997.

17 Beck, Eröffnung, S. 5.

18 Focus vom 8.12.1997.

Jene Branchen aber, die regional eng gebunden sind, stehen den Globalisierungsprozessen skeptischer gegenüber:

Unter dem Gesichtspunkt ihrer relativen Immobilität ist der kritische und in Teilen negative Globalismus der kleineren Mitglieder der Arbeitgeberverbände, vor allem der Handwerksbetriebe und ihrer Verbände, zu verstehen. Viele der mittelständischen und kleinen Unternehmen zählen sich zu den Globalisierungsverlierern, da ihre Gebundenheit an lokale Produktionsstätten und Absatzmärkte ihnen im Vergleich zu den Großunternehmen keine Möglichkeit bietet, Standortvorteile anderer Regionen zu nutzen und heimische Standortnachteile zu umgehen. Im Gegensatz zu den Großunternehmen, von denen bereits mehr als ein Drittel auf internationalen Märkten aktiv ist, sind dem Institut für Wirtschaftsforschung in Hamburg zufolge gerade einmal sieben Prozent der kleinen und mittleren Unternehmen internationalisiert.

Priorität für die negativen Globalisten aus Handwerk und Mittelstand hat der Schutz der heimischen Betriebe, gegebenenfalls auch unter Nutzung staatlich-protektionistischer - also dem Marktliberalismus widersprechender - Regelungen. Vor allem die Vertreter des krisengeschüttelten Baugewerbes bauen auf Protektion und Regulierung. In der von den industriellen Branchen dominierten BDA findet dieses globalistische Deutungsmuster allerdings keine Mehrheit, im Gegenteil: Der Fall der umstrittenen „Entsenderichtlinie im Baugewerbe“ zeigt deutliche Spannungen zwischen den positiven Globalisten der Industrie und den negativ-globalistischen Bauverbänden auf.

### **Konfliktfeld Entsenderichtlinie**

Mit ihrer Forderung nach einer Richtlinie, die gleiche Arbeitsbedingungen für in- und ausländische Arbeitnehmer im Bausektor festlegt, konnten sich die deutschen Bauarbeitgeber Mitte der neunziger Jahre zwar der Unterstützung der Gewerkschaften versichern; allerdings forderten sie den erbitterten Widerstand der Industrieverbände und des Arbeitgeberdachverbandes heraus. Letztere sahen sich - ganz positive Globalisten - der Wahrung des freien, grenzüberschreitenden Wettbewerbs verpflichtet und zogen gegen die Entsenderichtlinie ins Feld. Dass deren erfolgreiche Implementierung von der Zusage der (von der BDA entsandten) Arbeitgebervertreter im Tarifausschuss beim Bundesarbeitsministerium abhängig war, machte die Sache prekär. Im Juni 1996 beschlossen die Verbände des Bauhandwerks und der Bauindustrie, als Reaktion auf die Blockade des Entsendegesetzes durch den Dachverband, mit Wirkung zum 31. Dezember 1996 aus der BDA auszutreten.

Das Ergebnis anschließender zäher Verhandlungen im Arbeitgeberlager war ein Kompromiss: eine Senkung der von den Bauverbänden geforderten Mindestlöhne und eine zeitliche Befristung der Allgemeinverbindlichkeit. Im BDA-Geschäftsbericht von 1996 heißt es dazu säuerlich: „Unter Hintanstellung grundsätzlicher, ordnungspolitischer Bedenken hat die Bundesvereinigung eine konditionierte Zustimmung zur Allgemeinverbindlichkeitserklärung gegeben, um den Prozess der strukturellen Anpassung in der Bauwirtschaft sozialverträglich zu flankieren“. Die Kompromisslösung, die noch im November vom Tarifausschuss abgesegnet wurde, ließ die Bauarbeitgeber ihre Drohung vom Verbandsaustritt in buchstäblich letzter Minute zurücknehmen. Die Integrität der Arbeitgeberverbände war vorerst gewahrt.

Am Beispiel des Entsendegesetzes zeigt sich, an welch dünnem Faden die Integrationsfähigkeit der Dachverbände noch hängt. Bauarbeitgeber und Baugewerkschaften stellen

sich in einer Koalition negativer Globalisten Seite an Seite gegen das übrige Arbeitgeberlager - fast bis zu dessen Spaltung. Mit einem Vokabular, dessen sie sich gewöhnlich nur zur Gewerkschaftsschelte bedient, belegte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (ohnehin eher ein Organ der positiven Globalisten) dann auch die Bauarbeitgeber, indem sie die Bauleute als „ewige Protektionisten“ brandmarkte<sup>19</sup>.

Der Konflikt der Arbeitgeber um das Entsendegesetz darf nicht nur als isoliertes Scharmützel gewertet werden, dem nach seiner formalen Beilegung weiter keine Bedeutung beizumessen ist - ganz im Gegenteil: Der Konflikt hat sich mittlerweile zu einer Auseinandersetzung um die Grundsätze der Tarifautonomie ausgeweitet.

Am 31. August 1999 endeten Tarifvertrag und Allgemeinverbindlichkeit, gegen deren Fortführung die BDA „mangels öffentlichem Interesse“ ihren erbitterten Widerstand ankündigte. Im Interesse der Bauwirtschaft erklärte der Bundesarbeitsminister allerdings im Zuge der „Verordnung über zwingende Arbeitsbedingungen im Baugewerbe“ den Tarifvertrag sowie die im April 1999 zwischen Bauarbeitgebern und IG BAU beschlossene Erhöhung der Mindestlöhne für allgemeinverbindlich<sup>20</sup>. Diese, von Bauarbeitgebern und IG BAU nicht nur begrüßte, sondern ausdrücklich geforderte Maßnahme, wird von der BDA als „Verfassungsbruch“ gebrandmarkt. Sollten betroffene Unternehmen oder (weniger plausibel) Arbeitnehmer gegen den ministeriellen Erlass Klage erheben, werden sich die Bauverbände in einer Kernfrage der Tarifautonomie gegen den Arbeitgeberdachverband positionieren und diesen einmal mehr einer Zerreißprobe unterziehen.

### Konfliktfeld Flächentarifvertrag

Der Flächentarifvertrag ist ein weiterer Stachel im Fleisch positiver Globalisten. Mit ihrer institutionenfeindlichen Grundhaltung sind durch Verbände zentralisierte Tarifnormen („Kartellvereinbarungen“) nicht vereinbar; „Marktlösungen anstelle von Verhandlungslösungen“ lautet das Credo. Längst fordert nicht mehr nur die Deregulierungsriege um BDI-Chef Henkel das „Aufbrechen“ des „Verhandlungsmonopols der Verbände“<sup>21</sup>. Was lange als persönliche Animosität zwischen den Spitzenvertretern des Arbeitgeberdachverbandes und des BDI abgetan wurde, hat sich zu einer Auseinandersetzung der BDA mit wachsenden Teilen der eigenen Branchenverbände ausgeweitet.

Seit der Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts vom 20. April 1999 zum sogenannten „Burda-Fall“, wonach es den Unternehmen untersagt ist, Tarifbestimmungen durch einzelvertragliche Regelungsabsprachen zu umgehen, treten immer mehr BDA-Mitgliedsverbände in das Lager der Kritiker am Flächentarifvertrag und am eigenen Dachverband über. Als einer der Ersten machte der mitgliederstarke Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) seinem Unmut über das „enge, von den Tarifpartnern geschnürte Korsett“ Luft. Entweder, so die Forderung von Verbandspräsident Eberhard Reuther, räumen Gesetzgeber und Tarifpartner den Unternehmen deutlich mehr Spielraum in der Einhaltung der Tarifver-

19 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.5.1998.

20 Vor allem die im Zuge der ministeriellen Verordnung für allgemeinverbindlich erklärte Erhöhung der Mindestlöhne am Bau auf 18, 50 DM im Westen (von 16,00 DM) und auf 16,28 DM im Osten (von 15,14 DM) war den übrigen BDA-Mitgliedsverbänden ein Dorn im Auge. Diese fürchteten, dass nun auch in der Metall- und Textilindustrie Lohnerhöhungen gefordert werden könnten, zumal deren Mindestlöhne nun unterhalb derjenigen im Bau lagen.

21 Henkel in: Der Spiegel vom 17.1.2000, S.105.

träge ein oder aber den Unternehmen bleibe nichts anderes übrig, als die Arbeitgeberverbände zu verlassen. Reuther winkte heftig mit dem Zaunpfahl, indem er eine Kürzung der Kündigungsfristen für die Verbandsmitgliedschaften forderte<sup>22</sup>.

Zwar ist die Flexibilisierung der Flächentarifverträge durch Korridore und Öffnungsklauseln längst gängige Praxis, doch gehen den radikalen Kritikern derlei evolutorische Schritte nicht weit genug. Interessenorganisationen, die wie der BDI oder die wachsende Zahl von OT-Verbänden nicht selbst Tarifverbände sind, sondern ihr Heil auch in einer deregulierten Tariflandschaft (etwa als Lobbyingverband nach US-Vorbild) finden könnten, arbeiten auf die endgültige Entmächtigung des „Tarifkartells“ und die Deregulierung des korporatistischen Arrangements hin. Dieses zu bewahren, ist die Kernaufgabe der Tarifpartner. Im Bewusstsein ihres gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnisses stellte sich der DGB in seinem Grundsatzprogramm von 1996 an die Seite der Arbeitgeber: „Zur Tarifautonomie und zum Flächentarifvertrag gehören auch Arbeitgeberverbände, die sowohl die Bindung ihrer Mitglieder an den Verband als auch die Verbindlichkeit geschlossener Verträge zusichern können. Die Gewerkschaften haben deshalb ein grundsätzliches Interesse an funktionsfähigen und mitgliederstarken Arbeitgeberverbänden.“

### **Fazit: neue Allianzen statt alter Antagonismen**

Widersprüchliche Globalisierungsperzeptionen und Betroffenheitsmuster belasten die Konsensfähigkeit der Arbeitgeber und schwächen die Integrationskraft ihres Dachverbandes. An die Stelle „getrennt marschierender und vereint schlagender“ Arbeitgeber- und Industrieverbände treten fragile temporäre Allianzen, die sich nicht mehr eindeutig dem Lager von *Kapital* oder *Arbeit* zuordnen lassen. Ohnehin wird diese Dichotomie den sich ausdifferenzierenden Interessenlagen im Verbändesystem kaum noch gerecht. Dagegen gewinnen strategische Selbstpositionierungen der Interessenverbände und ihrer Subgruppen gegenüber Globalisierungsphänomenen an Bedeutung.

Im Kontext analoger Globalismen taktieren, koalieren und kooperieren Subverbände beider Lager miteinander und schlagen in den klassischen Arbeitgeber-Gewerkschafts-Antagonismus Brücken zugunsten lagerübergreifender Allianzen. An die Stelle einer einzigen statischen Konfliktlinie zwischen Arbeit und Kapital treten, wie sich an einzelnen Problemfeldern aufzeigen lässt, multiple Spannungsbeziehungen zwischen marktradikalen *positiven Globalisten* und jenen Arbeitgeberverbänden, die am Erhalt und am Fortbestand eines korporatistischen und institutionenstarken Systems industrieller Beziehungen interessiert sind.

Im Bewusstsein ihrer wechselseitigen Abhängigkeit sollten die Tarifpartner Möglichkeiten für Allianzen gegen den neoliberalen Globalismus erforschen mit dem Ziel, das korporatistische Arrangement industrieller Beziehungen und eine sozialpartnerschaftliche Tarifordnung auch im 21. Jahrhundert zu bewahren. So, wie sich die politische Wirklichkeit im Zeitalter der Globalisierung Kategorien wie „links“ und „rechts“ zu entziehen beginnt und über diese hinauswächst, liegt auch für die Gestaltung der industriellen Beziehungen eine Zukunft jenseits der Kategorien von „Arbeit“ und „Kapital“ im Bereich des Möglichen.

---

22 Siehe Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17.6.1999.